

## Antrag der KPÖ angenommen: Initiative für den Erhalt des „Standbeins Elektroindustrie“ in der Region Murtal

Eine Schließung der ATB wäre ein schwerer Schlag für die Beschäftigten. Der Verlust des Industriezweiges Elektroindustrie hätte aber auch schwerwiegende Folgen für die Zukunft unserer Region. Die KPÖ setzt sich dafür ein eine Initiative ins Leben zu rufen die das Ziel hat, diesen Industriezweig für unsere Region zu erhalten. Ein entsprechender Antrag der KPÖ wurde im Gemeinderat angenommen.

### Der Antrag der KPÖ:

Der Gemeinderat der Stadt Spielberg fordert die politischen VertreterInnen aller Parteien, die für die Region Murtal verantwortlich sind auf, eine Initiative für den Erhalt des „Standbeins Elektroindustrie“ ins Leben zu rufen. Die Arbeit dieser Initiative soll sich an den unten genannten Zielen und Maßnahmen orientieren.

**Seit** den 70igern, mit der Schließung des Bergbaus und der weltweiten Stahlkrise befindet sich unsere Region in einem ständigen Abwärtstrend. Viele Zusagen wie z.B. der Luftfahrtcluster bei der Beschaffung der Abfangjäger oder der Ansiedlung eines Motorenentwicklungszentrums bei der Revitalisierung des Ö-Rings haben sich nicht bewahrheitet oder realisieren lassen.

**Die** industriellen Kernelemente in unserer Region sind im wesentlichen die Holz- und Holzverarbeitende Industrie, die Stahlveredelung, Stahlverarbeitung, Maschinenbauindustrie, Zellstoff und Papierindustrie und mit und rund um die ATB eine Elektroindustrie.



Mehr als 1.000 Menschen demonstrierten für den Erhalt der ATB

**Wird** die Produktion der ATB geschlossen, so fällt das industrielle Standbein der Elektroindustrie weitgehend weg. Darum in diesem Vorschlag die Fokussierung auf diesen Bereich. Denn nur mehrere Standbeine bieten eine relative Krisensicherheit.

**Ein** weiterer wichtiger Punkt ist der Aufbau von staatlicher Beteiligung. Diese garantiert die Sicherheit der Arbeitsplätze und des erworbenen Know-hows in einem höheren Ausmaß.

**Die** prekäre Arbeitsplatzsituation und die damit verbundene Abwanderung in der Region Murtal hat sich durch den Abbau von über 100 Arbeitsplätzen bei Mondi 2018 und der jetzt drohenden Schließung der Produktion von Elektromotoren bei der ATB Spielberg, bei der 360 Arbeitsplätze verloren gehen könnten, dramatisch verschärft.

**Um** diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken ist ein Schlußschluss aller politischen Kräfte unserer Region nötig.

**Das** erklärte langfristige Ziel (5-10 Jahre) ist es die Abwanderung zu stoppen und den Trend umzukehren und mittelfristig (2-5 Jahre) neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Dies immer unter der Berücksichtigung der Umwelt, des Klimaschutzes, der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität der Bevölkerung.



KPÖ-GR Erich Wilding und BGM Manfred Lenger

## Fortsetzung Seite 2 ➔

**Kurzfristiges** Ziel ist es, die bedrohten bestehenden Arbeitsplätze mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu halten. Die vorgeschlagenen Ziele müssen SMART (Spezifisch-Machbar-Akzeptiert-Realistisch-Terminiert) und für die Bevölkerung nachvollziehbar sei. Die Bevölkerung des Murtals sollte deshalb verbindlich und sachlich alle zwei Monate in einem Fortschrittsbericht in den Regionalmedien und den Sozialen Medien über die Tätigkeit der Initiative informiert werden.

### Maßnahmen zur Erreichung der Ziele:

- Übernahme des Produktionsstandortes der ATB durch die öffentliche Hand.
- Marktforschung und Analyse im Bereich elektrischer Antriebssysteme.
- Erhaltung und Fortführung der derzeitigen Produktion von Elektromotoren bei ATB bis zur Serienreife neuer Produkte in diesem Segment.
- Schaffung eines von der öffentlichen Hand geführten Innovations- und Kompetenzzentrums für elektrische Antriebssysteme unter Einbeziehung von entsprechenden Universitäten incl. Errichtung einer Außenstelle.
- Ansiedlung einer Fachhochschule für Elektromobilität und Antriebssysteme.
- Vernetzung aller in diesem Bereich tätigen Firmen mit dem Ziel Synergien zu nutzen.
- Einrichtung einer Ideenschmiede für alternative Antriebsmöglichkeiten
- Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes für nachhaltige Produktionen in diesem Segment.

### Forderungen zur Erreichung der Ziele:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert mit den Besitzern von ATB in Verhandlungen zur Übernahme in das öffentliche Eigentum einzutreten.
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Sonderfinanzierung der Region Murtal.
- Einrichtung eines Entwicklungs- und Innovationsfonds für das Murtal.
- Einrichtung eines Koordinationsbüros zur schrittweisen Planung und Umsetzung der Maßnahmen.
- Sonder-Wirtschaftsförderungen bedingen eine verpflichtende Beteiligung der öffentlichen Hand um so ein Mitspracherecht zu gewährleisten.

Dieser Gemeinderatsbeschluss ergeht an:

Alle Nationalratsfraktionen  
Alle Landtagsfraktionen  
Alle Bundesratsfraktionen  
Alle Gemeinden des Murtals

**Mit** diesem Antrag wollten wir Wege aufzeichnen, wie die Elektromotorenindustrie längerfristig eine Zukunft in unserer Region haben kann. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen, ÖVP und FPÖ enthielten sich der Stimme.

**Die** mehrheitliche Beschlussfassung des Antrags durch den Spielberger Gemeinderat ist ein erster Schritt. Wichtig wäre es nun auch aktiv für die Inhalte des Antrags zu werben und der Antrag damit mit Leben zu erfüllen.

HTP Fohnsdorf	<b>-70</b>
Mondi Zeltweg	<b>-100</b>
RHI Trieben	<b>-240</b>
Voest Kindberg	<b>-250</b>
Böhler Kapfenberg	<b>-300</b>

**Und jetzt:**

**ATB-Spielberg -400?!**

**Die Obersteiermark darf nicht sterben!**

**KPÖ**

**Sprechstunde  
mit Sozialberatung**

**KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber**

**Montag, 21. September**

**KPÖ-Parteheim in Knittelfeld**  
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding  
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“  
des Österreichischen Umweltzeichens,  
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

**Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!**

## **Eine faire Chance für die ATB!**

Die ATB hat eine bewegte Geschichte. Bis zur Bauknechtpleite war das Werk im wesentlichen ein Zulieferbetrieb für das private deutsche Stammwerk. Nach der Rettung durch die Übernahme von Bund und Land Steiermark entwickelte die ATB eine eigene Motorenherstellung mit eigenem Vertrieb.

Nach sechs Jahren wurde der Betrieb wieder privatisiert, von den Investoren wirtschaftlich an die Wand gefahren und wieder durch die öffentliche Hand aufgefangen. Leider nur um dann wieder privatisiert zu werden.

Ursprünglich war das Werk mit rund 2.200 Beschäftigten der größte Betrieb in unserer Region. Jeder der zahlreichen privaten Investoren hat nach seinem Abgang einen kleineren Betrieb mit weniger Beschäftigten hinterlassen.

Zuerst wurden öffentliche Förderungen kassiert, dann wurde der Betrieb ausgepresst, Forschung und Entwicklung vernachlässigt. Selten wurden neue Investitionen getätigt. Um den Profit zu maximieren wurden Lohnverzicht und der Verzicht auf bezahlte Pausen durchgesetzt und die Antreiberei verstärkt.

Von vielen Seiten hört man, dass man sich die Rettung der ATB durch einen neuen Investor erhofft. Nach den vielen schlechten Erfahrungen müsste man eigentlich wissen, dass private Investoren keine Wohltäter sind. Ein Betrieb wird nicht erworben um Arbeitsplätze zu retten sondern um Profit zu machen. Das eingesetzte Kapital muss eine möglichst hohe Rendite bringen. Das ist das Gesetz des Kapitalismus.

Dabei spielt es keine Rolle, ob die Eigentümer Franzosen, Amerikaner, Chinesen oder Österreicher sind. Weltweit werden Betriebe geschlossen und Produktionen dorthin verlagert, wo der meiste Profit winkt. Dafür muss ein Betrieb gar keine Verluste schreiben. So hat der Mondy-Konzern in Zeltweg einen Produktionszweig geschlossen und Teile der Belegschaft entlassen obwohl der Konzern Gewinne schreibt. Die Firma Swarovski will,

trotz großer Gewinne in den letzten Jahren, ein Drittel ihrer Beschäftigten kündigen.

Im Falle der ATB kommt noch dazu, dass ja nur der Maschinenpark zum Verkauf steht, Grundstück und Hallen sind in einer anderen Gesellschaft geparkt, die allerdings steht nicht zum Verkauf. Diese abenteuerliche Konstruktion wurde vor einigen Jahren von privaten Investor Mirko Kovats vorgenommen um den Profit zu maximieren.

Sollte sich doch noch ein neuer Investor finden, wird dieser dankbar Förderungen aus Steuergeldern in Empfang nehmen und dann versuchen das Maximale aus dem Betrieb herauszuholen. Das wird auf Kosten der Belegschaft gehen und bedeutet ein Sterben des Betriebs auf Raten.

Wir sind der Meinung nur eine Übernahme durch die öffentliche Hand bietet eine Chance für das Überleben der Elektroindustrie in unserer Region. Bei einem Betrieb in öffentlichem Eigentum muss nicht zwingend die Gewinnerwartung an erster Stelle stehen. So kann in Ruhe, auch in Zusammenarbeit im Universitäten, die Entwicklung neuer Produkte und Technologien forciert werden um die Produktion auch längerfristig abzusichern.

Oft wird eine Beteiligung der öffentlichen Hand abgelehnt und verpönt. Dabei ist das eine Chance zur Sicherung der Industrieproduktion in Europa. Nicht umsonst ist z.B. das Land Niedersachsen Miteigentümer bei VW oder Frankreich und Deutschland bei Airbus.

Zur Rettung der AUA wurden Gesetze geändert und hunderte Millionen an Steuergeldern in die Hand genommen. Auch für die Rettung der Elektroindustrie in der Obersteiermark muss die öffentliche Hand aktiv werden, meint ihr...

**...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding**  
E-Mail: [erich.wilding@hotmail.com](mailto:erich.wilding@hotmail.com)



## **Nachtrag zur ATB:**

Beinahe täglich gibt es Hiobsbotschaften bezüglich der ATB. Zu Redaktionsschluss unserer Zeitung wurde bekannt, dass nun auch die Betriebsräte zur Kündigung angemeldet wurden und das Gericht das Recht des Konzerns zum Verkauf der Maschinen bestätigt hat. Das Zeitfenster für eine Rettung der ATB wird immer kleiner. Ein Streik der Belegschaft und massiver Druck für eine Übernahme durch die öffentliche Hand werden immer dringender.

## **Einladung zum KPÖ-Stammtisch**

**Reden, diskutieren, sich informieren**  
**Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat**  
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,  
ab 18.00 Uhr

## Klage wegen Kartellbildung:

### 34(!)% Bonus für Prozessdienstleister

Im Jahr 2016 wurden mehrere LKW-Produzenten von der Europäischen Kommission wegen illegaler Preisabsprachen zu Strafzahlungen verurteilt. Das betrifft die Firmen DAF, Daimler, IVECO, MAN, Renault, Scania und Volvo. Daher besteht nun für die Geschädigten ein Anspruch auf Schadenersatz. Allerdings muss dieser Schadenersatz erst eingeklagt werden.

**Als** geschädigt gelten alle Käufer, die im Zeitraum von 2005 bis 2013 Fahrzeuge gekauft haben. In Spielberg wurden drei Feuerwehrfahrzeuge von diesen Firmen angeschafft, die von der Gemeinde mitfinanziert wurden.

**Nun** wird der Schadenersatz mittels einer Sammelklage eingeklagt. Bei Prozessgewinn werden Rückzahlungen zwischen 7.000 und 10.000 Euro pro Fahrzeug erwartet. Diese Rückerstattungen würden anteilmäßig zwischen Feuerwehr und Gemeinde aufgeteilt.

**Der** Prozess wird über den privaten deutschen Prozessfinanzierer „Adovin GmbH“ abgewickelt. Im Falle eines Prozeßverlustes trägt der Prozessfinanzierer die Kosten. Im Fall des Gewinns bekommt er allerdings ein Erfolgshonorar in der Höhe von 34(!) Prozent der erstrittenen Summen.

**Die** EU-Kommission hat bereits festgestellt, dass es illegale Preisabsprachen gegeben hat. Trotzdem müssen die Geschädigten ihr Recht erst bei Gericht erstreiten. Anstatt dass es automatisch Schadenersatz gibt schützt das Rechtssystem die Kartellbetrüger.

**Dafür**, dass die Käufer betrogen wurden müssen sie auch noch 34 Prozent der möglichen Ersatzsummen an einen Prozessfinanzierer abtreten. Da dies ein großer Fall ist, wird der private Prozessfinanzierer bei Prozessgewinn gewaltige Profite einstreichen.

**KPÖ-GR** Erich Wilding hat das kritisiert und eingefordert, dass künftig öffentliche Institutionen, wie z.B. der Städtebund, solche Prozesse abwickeln sollten.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Homepage:  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

## Gemeinderat gibt Kompetenzen an den Stadtrat ab

In der Gemeindeordnung ist genau geregelt welche Beschlüsse im Stadtrat und welche Beschlüsse im Gemeinderat gefasst werden müssen. Allerdings kann der Gemeinderat mit Mehrheit beschließen Kompetenzen an den Stadtrat abzugeben. Das ist leider - gegen die Stimmen der KPÖ - in der letzten Gemeinderatssitzung geschehen.

**Ursprünglich** war sogar geplant die Summe bis zu der der Stadtrat bewegliche Sachen im Rahmen des Voranschlags kaufen oder verkaufen kann, sowie die Höhe der Summe von Bau-Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen auf rund 370.000 € hinaufzusetzen. Der Antrag der ÖVP die Übertragung dieser Kompetenzen an den Stadtrat doch nicht zu beschließen wurde einstimmig angenommen. Das ist positiv.

**Andere** wesentliche Teile des Antrags wurden leider nicht zurückgezogen. So wurde die Vergabe von Subventionen und anderen Zuwendungen im Rahmen des Voranschlags bis zu einer Höhe von bis zu 10.000 € an den Stadtrat zu übertragen. Ebenso wie das Einschreiten bei Gerichten und Verwaltungsbehörden und der Abschluss und die Auflösung von Miet- und Pachtverträgen.

**Bei** den oben angeführten Angelegenheiten handelt es sich um wesentliche Entscheidungen. Nicht ohne Grund fallen diese in die Kompetenzen des Gemeinderates. Die Sitzungen des Gemeinderates sind öffentlich, jene des Stadtrates sind aber vertraulich. Zu dem sind im Stadtrat nur SPÖ und ÖVP, nicht aber KPÖ und FPÖ vertreten. **Mit der Entscheidung von SPÖ, ÖVP und FPÖ diese Kompetenzen an den Stadtrat abzugeben geht ein großes Stück an Transparenz verloren.**

## Birkachweg

Die Sanierung des Birkachweges wurde beschlossen. Der Auftrag wurde mit einer Summe von rund 225.000 € an die Firma Leithäusl GmbH vergeben.

## Ankauf Reinigungsutensilien

Schon seit langen sind wir dafür eingetreten, dass die Gemeinde ihre Reinigungsarbeiten nicht über eine Leihfirma sondern mittels gemeindeigener Bediensteter durchführen soll. Das wurde nun mit der Aufnahme mehrerer Reinigungskräfte umgesetzt. Nun wurde die dafür benötigte Erstaustattung von Reinigungsutensilien im Wert von rund 19.000 € beschlossen.

## Büromöbel

Im Büro des Kindergartens Maßweg werden ein neuer Schreibtisch und ein Kasten benötigt. Die Kosten dafür erschienen uns mit 5.900 € recht hoch. Der Preis wurde damit begründet, dass es sich um Einbaumöbel handelt.